

Offener Brief Maßregelvollzug Niedersachsen

Sind wir Pflegekräfte zweiter Klasse?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

nicht zuletzt seit unserem Gespräch vor der Haushaltsklausur 2020 ist Ihnen und der Landesregierung die besondere Situation im Maßregelvollzug Niedersachsens bekannt. Die GeNi Gewerkschaft für das Gesundheitswesen hat die massiven Personalprobleme mehrfach im Sozialministerium und im Landtag angebracht sowie in zahlreichen Gesprächen beschrieben. Hierbei ging und geht es nicht nur um die finanzielle Schieflage, sondern auch um die aktuell in der Öffentlichkeit bekannte Gewalt gegen Beschäftigte.

Doch außer Applaus und warmen Worte für Beschäftigten ist in den Maßregelvollzugskliniken Niedersachsens wenig herumgekommen.

Bereits nach dem Ende der Tarifverhandlungen zum TV-L 2019 haben wir auf die gravierenden Benachteiligungen gegenüber Pflegekräften in der Uniklinik (auch der dortigen Psychiatrie) hingewiesen, die seitdem eine monatliche Pflegezulage von mehr als 125 Euro erhalten. Zugesagt wurde im Haushalt 2020 eine sogenannte Attraktivitätssteigerung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit dieser Zulage für Pflegekräfte sind bereits Mittel im Haushalt bereitgestellt worden, die die Finanzierung im Bereich des Maßregelvollzugs entsprechend der Entgeltgruppenzulagen der Pflegekräfte in den Universitätsklinika sicherstellen sollten. Weiterhin sollten die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Zu einer Auszahlung dieser Zulage im Bereich der Maßregelvollzugs ist es bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gekommen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind ebenfalls nicht erreicht worden. Ganz im Gegenteil ist die sogenannte Pflegezulage in den Tarifverhandlungen zum TV-L 2021 auf 140 Euro monatlich angehoben worden. Aber die Pflegekräfte im Maßregelvollzug sind wieder leer ausgegangen. Sie erhalten diese bei absolut vergleichbarer Tätigkeit weiterhin nicht – anders als z. B. die Kolleginnen und Kollegen in den Zentren für Psychiatrie in Baden-Württemberg oder die verbeamteten Beschäftigten in den Justizvollzugskrankenhäusern in Nordrhein-Westfalen. Das ausgerechnet ein Verhandlungsführer aus Niedersachsen, das aus seinem eigenen Bundesland bekannte Problem bei den Tarifverhandlungen ausgeklammert hat, ist absolut unverständlich.

Wir im Maßregelvollzug in Bad Rehburg, Brauel, Moringen, Göttingen sowie die Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen der beliebigen Träger erleben immer weitere Nackenschläge. Bei einer „Respektprämie“ von bis zu 1500,- € gehen Pflegekräfte in den Krankenhäusern leer aus. Die Sonderzahlung, die im Gesetz geregelt wurde, geht in die Altenpflege. Das in den ersten Wochen laut werdende Klatschen und Singen ist längst verhallt. Im Maßregelvollzug wird weiterhin am Limit gearbeitet. Nur durch das größtmögliche Engagement aller Beteiligten im Niedersächsischen Maßregelvollzug konnte dort bisher eine Ausbreitung von COVID-19 unterbunden werden.

Auch die Kolleginnen und Kollegen im Niedersächsischen Maßregelvollzug arbeiten an der vordersten Front. Deshalb erwarten wir nun auch nicht nur warme Worte und Balkon-Klatscher sondern die Pflegezulage von 140 Euro monatlich..

Mit freundlichen Grüßen
Jens Schnepel
GeNi Vorsitzender